

# Danziger Volksstimme

Einzelnummer 20

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die Einzelnummer 20 Mk., von Ausgabe 1.— bis 2.— 20 Mk., von Ausgabe 3.— bis 4.— 20 Mk., von Ausgabe 5.— bis 6.— 20 Mk., von Ausgabe 7.— bis 8.— 20 Mk., von Ausgabe 9.— bis 10.— 20 Mk., von Ausgabe 11.— bis 12.— 20 Mk., von Ausgabe 13.— bis 14.— 20 Mk., von Ausgabe 15.— bis 16.— 20 Mk., von Ausgabe 17.— bis 18.— 20 Mk., von Ausgabe 19.— bis 20.— 20 Mk.  
Abbestellungspreis: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Nr. 185

Donnerstag, den 11. August 1921

12. Jahrgang

## Ablehnung der Auflösung des Volkstages.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag auf Neuwahl des Volkstages ist in der gestrigen Volkstagsitzung von den bürgerlichen Parteien mit 59 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

Die bürgerliche Mehrheit des Volkstages hat damit die beste Möglichkeit einer Lösung der bestehenden parlamentarischen Krisis größtenteils ausgeschlossen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr einen Antrag eingebracht, dem Senat ein Misstrauensvotum zu erteilen.

(Wir verweisen auf den an anderer Stelle veröffentlichten Bericht.)

## Immer noch Beratungen der Sachverständigen.

Paris, 10. August. Der Sachverständigenausschuss ist heute nachmittag um 3 Uhr erneut zu einer Sitzung zusammengetreten. Wie die Havasagentur meldet, konnten die Sachverständigen, die die oberschlesische Frage prüfen, ihre Arbeit heute abend noch nicht beenden. Der Oberste Rat wird deshalb die oberschlesische Frage erst in seiner morgigen Sitzung aufs neue behandeln.

## Die weiteren Arbeiten des Obersten Rates.

Paris, 10. August. In der heutigen Nachmittagsitzung des Obersten Rates ist die Frage der Aufrechterhaltung der Kontrolle über die deutsche Luftschiffahrt an das interalliierte militärische Komitee in Versailles, dessen Vorsitz Marzall Koch führt, zurückverwiesen worden.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung hat der Oberste Rat sich mit der Frage der Hilfeleistung für Rußland beschäftigt.

## Was erlaubt bleibt.

In der gestrigen Vormittagsitzung des Obersten Rates, die von 11 bis 1 Uhr gedauert hat, hat Lord George den Standpunkt vertreten, daß die Neutralität keineswegs ein Verbot des Privathandels mit Kriegsmaterial erfordert, solange die Regierung nicht selbst eingreife. Das sei auch die bisher geltende Auffassung in der Neutralitätsfrage. Nach einem Meinungsaustausch zwischen dem italienischen Minister des Meeres und dem japanischen Botschafter Hanashi erklärte Ministerpräsident Briand, daß er gegen die Auslegung Georges, die dem französischen Gesetz entspreche, nichts einzuwenden habe.

## Die Kosten der Besetzung.

Im Verlauf der Nachmittagsitzung der interalliierten Finanzkommission hat man sich vor allen Dingen mit der Frage der Kosten der Besatzungstruppen beschäftigt. Es wurde beschlossen, ein Komitee einzusetzen, bestehend aus den Finanzministern der alliierten Länder, um den Betrag der Kosten für die Besetzung bis zum 1. Mai festzustellen. Dieser Ausschuss soll auch die Besatzungskosten für jedes einzelne Land prüfen. Während ein englischer Soldat 15 Goldmark pro Tag kostet, betragen die Unterhaltungskosten für einen französischen Soldaten nur 6 Goldmark. Minister Loucheur hat zur Vereinfachung der Ausgaben einen Betrag von 11 Goldmark für jeden Mann vorgeschlagen. Bis jetzt hat die englische Delegation diesem Antrag noch nicht zugestimmt. Der gleiche Ausschuss soll auch prüfen, ob die Lieferungen Deutschlands die Kosten decken, und wenn nicht, wie das Defizit gedeckt werden soll.

## Bevorstehende Hilfsaktion für Oesterreich.

Wien, 10. August. Wie der „Abend“ erfährt, wird der Oberste Rat die Friedigung der österreichischen Hilfsaktion diesmal allen Ernstes in Angriff nehmen. Der spanische Vertreter des Finanzkomitees des Bitterbundes hat dem Bundeskanzler erklärt, er könne mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß er spätestens Mitte August einen Vorstoß auf Kredite in Höhe von 5 Millionen Pfund erhalten werde.

## Das „gleiche Recht“ in Oberschlesien.

General de Brants richtet an den Oberbürgermeister ein Schreiben, in dem er ihn auffordert, Zwangsmaßnahmen zu treffen zwecks Einstellung der Tätigkeit der deutschen Ausschüsse für Oberschlesien in Gleiwitz. Der Oberbürgermeister antwortet, er sei dazu nicht imstande, weil das deutsche Gesetz keine solche Zwangsmaßnahmen gegen Institutionen, die im Interesse und zum Wohle des Volkes wirken, kenne. Von ähnlichen Maßnahmen gegen die polnische Volksvertretung in Oberschlesien, den obersten polnischen Volksrat, habe die Öffentlichkeit bisher nichts gehört.

Auf eine Anfrage, ob diejenigen Personen, die infolge des Aufstandes geflüchtet sind, berechtigt sind, ohne besondere Ermächtigung nach Oberschlesien zurückzukehren, hat die interalliierte Regierungskommission entschieden, daß diejenigen Flüchtlinge, die den Wunsch haben, nach Oberschlesien zurückzukehren, zu diesem Zweck ein Besuch an den Kreis-kontrollleur ihres Wohnortes zu richten haben.

Koziel, 10. August. (W.L.B.) Französische Patrouillen erscheinen fortgesetzt in den Ortschaften der Kreise Koziel und Groß-Streßlich und nehmen Masseneröffnungen von Deutschen vor, die sie dann nach Gleiwitz verschleppen. So wurden heute nach Großkowitz, Klein-Altammer und Siawenitz von solchen Patrouillen heimgeführt und eine Anzahl von Deutschen verschleppt. Die polnisch gesteuerte Bevölkerung ergeht sich in Drohungen gegen die Deutschen, die vielfach flüchten.

## Die Ratifizierung des Danzig-polnischen Transitabkommens.

Die „Gazeta Szwaska“ bringt folgende Notiz: In nächster Zeit soll nach einer Warschauer Ratifizierung die Ratifizierung des Transitabkommens erfolgen, das am 21. April in Warschau unterzeichnet wurde und auf Grund dessen die polnische Regierung in ihrem und in Danzigs Namen sich verpflichtet hat, eine ständige Durchgangsverbindung zwischen Ostpreußen und Deutschland durch das ehemals preussische Teilgebiet und über Danzig zu unterhalten. Der Ministerpräsident hat den Auftrag erteilt, im Ministerium des Meeres eine Transittkommission zwecks Konzentrierung aller damit verbundenen Angelegenheiten zu bilden. Zum Vorsitzenden der Transittkommission ist Herr Kasimir Dyzowski berufen.

## Der Reichstag und die notwendige Lohnerhöhung.

Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit der Frage befassen, inwieweit die Protokollerhöhung, die Steigerung der Mietpreise und die Auswirkung der Steuererhöhung eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiführen werde und wie weit dem bei der durch die Reparation auf überhöhter angespannter Finanzlage des Reiches durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Anestellten und Beamten zu begegnen ist. Diese Frage wird nicht ohne Benehmen mit den Landesregierungen geregelt werden können.

## Besteuerung des Kapitals.

Ueber die weiteren Steuerpläne der Reichsregierung berichtet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß eine einmalige große Abgabe der Körperschaften als Reparationsbeitrag erzwungen werde. Die Verwirklichung des Planes könnte in der Weise erfolgen, daß die Gesellschaften Genossenschaften ausstellen, die in vollem Umfang am Ertrag der Unternehmung beteiligt sind. Darüber hinaus trägt sich die Reichsregierung auch mit dem Gedanken einer umfassenden zwangswelken Anleihe bei sämtlichen Körperschaften, soweit diese Produktionsmittel zur Verfügung haben. Der Satz der eigentlichen Körperschaftsteuer soll von 10 auf 30 Prozent erhöht werden.

Ein Hochverratsparagraf in der neuen Saargef. Die abgeänderten Justizgesetze für das Saargebiet enthalten einen Paragrafen, der den Hochverrat betrifft. Danach gilt als Hochverräter, wer es unternimmt, die Verfassung des Saargebiets gewaltsam zu ändern oder das Saargebiet einem Staate gewaltsam einzuverleiben oder einen Teil des Saargebiets voll- oder teilweise abzugeben. Als Strafe steht der Paragraf lebenslängliche Festungshaft bezw. lebenslängliches Zuchthaus vor.

Abzug aus den russischen Hungergebieten. Im Auftrage der Sowjetregierung arbeitet das Zentralreparationskomitee am planmäßigen Abzug von 100 000 Bauern aus den Hungergebieten und an der Ueberführung von Flüchtlingen nach Polen, Lettland und Litauen.

Handelsabkommen zwischen Sowjetrußland und Norwegen. Die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsabkommens zwischen der Sowjetregierung und Norwegen sind soweit gediehen, daß der volle Text des Vertrages ausgearbeitet ist und nur noch wenige Fragen ungelöst sind. In Moskau traf am 8. August ein Telegramm aus Christiania ein, demzufolge die norwegische Regierung endgültig den von der Sowjetregierung ausgearbeiteten Text des Vertrages angenommen hat und nur noch die formelle Unterzeichnung des Vertrages fehlt.

## Ein durchsichtiges Manöver.

Wir hätten es gern noch nicht für möglich gehalten, daß der von der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ gegen die geschlossene Kampfesfront geführte Vorstoß in Uebereinstimmung mit der R. P. D.-Zeitung erfolgt ist. Die in der gestrigen Ausgabe dieser Zeitung fortgesetzte Hege läßt jedoch leider annehmen, daß auch die kommunistische Parteileitung ihre Hände im Spiel hat und als der Haupttreiber der Sabotage des einheitlichen Zusammenarbeitens der drei Arbeiterparteien gelten muß. Im Interesse einer weiteren Zusammenarbeit scheint es uns in der jetzigen Stunde wenig angebracht, eine Diskussion öffentlich in der Weise zu führen, wie sie von den Kommunisten in den beiden letzten Nummern ihrer Zeitung beliebt worden ist. Schuld daran, daß es geschehen muß, tragen die, die mutwillig den Streit vom Zaun gebrochen haben.

Bereits gestern haben wir nachdrücklich betont, daß durchaus gar kein Anlaß vorlag, von irgendeinem „Verrat“ der Einheitsfront zu reden. Wenn die Sozialdemokratische Partei einige Versammlungen einberufen hat, so nahm sie damit für sich nur das in Anspruch, was einige Tage vorher auch von kommunistischer Seite unternommen war. Es muß doch als eine sehr eigenartige Auffassung von der Einheitsfront gelten, wenn eine Partei irgendwelche Rechte für sich in Anspruch nimmt, um der andern zu sagen: „Wir machen das zwar, aber ihr dürft das nicht.“ Wenn die R. P. D.-Zeitung die „Einheitsfront“ allerdings so aufstellt, offenbart sie ein unehrliches Spiel, über das sich die organisierte Arbeiterschaft, besonders aber auch ihre eigenen Anhänger, am besten selbst ein Urteil bilden können. In den von unserer Partei veranstalteten Versammlungen haben fast überall Anhänger der R. P. D. teilgenommen und sich ohne Ausnahme mit den von unserer Referenten gemachten Ausführungen einverstanden erklärt.

Der einmütige Verlauf der Versammlungen konnte darum durchaus kein Grund sein, um in der verkehrten Weise gegen die Einheitsfront zu Felde zu ziehen, wie es die „Arbeiterzeitung“ behauerlicher Weise getan hat. Die Ausrichtung der „Arbeiterzeitung“ war im so unehrlicher, als selbst auch die U. S. P. in ihrer Zeitung mitteilte, daß die in dieser Woche stattfindenden Protestversammlungen von jeder Partei für sich veranstaltet werden. Auch das Nichterscheinen der S. P. D. zu der am Dienstag vormittag anberaumten Sitzung konnte kein hinreichender Grund sein, um wieder in der gewohnten niedrigen Art gegen die sozialdemokratischen Führer Stimmung zu machen. Es wurde ausdrücklich betont, daß die Vertreter nicht kommen könnten, weil eine Sitzung stattfände. Bei diesem Telegrammgespräch wurde noch als selbstverständlich vereinbart, daß gegenseitig Bescheid gegeben werden solle. Einige Stunden später veröffentlichte die „Arbeiterzeitung“ bereits ihr schmutziges Pamphlet gegen die S. P. D. und setzte gestern ihre Hege fort, ohne vorher nur den geringsten Versuch zu einem Meinungsaustausch unternommen zu haben.

Wenn man sich diese Tatsachen vor Augen hält, bleibt kein anderer Schluß, als daß die R. P. D.-Zeitung trampfacht nach einem Anlaß gesucht hat, um Differenzen vom Zaun brechen zu können. Die nur wieder auf bewusste Verleumdung der S. P. D.-Führer eingestellten Artikel der „Arbeiterzeitung“ lassen ja auch nur zu deutlich erkennen, welche Absichten dahinter stecken.

Wir können nicht annehmen, daß sich die Zeitung der R. P. D. ernstlich der Hoffnung hingibt, durch ihre nun entfachte Hege gegen die S. P. D.-Führer einen Koll zwischen Arbeiterschaft und Führer treiben zu können. Die Artikel offenbaren zwar allerdings den frommen Wunsch der Kommunisten, die S. P. D.-Führer auszuschalten, um dann die Einheitsfront unter kommunistischer Führung in das Saargebiet der R. P. D. zu lenken. Es ist aber eine grobe Selbsttäuschung der R. P. D.-Zeitung, wenn sie hofft, durch solche Manöver die Anhänger der S. P. D. zu sich herüberziehen zu können.

Der Arbeiterschaft und auch den kommunistischen Anhängern wird wieder einmal als deutliche gezeigt, welches unehrliche Spiel die R. P. D.-Führer mit den Interessen der Arbeiter treiben. Die Sozialdemokratische Partei wird nach wie vor geschlossen in der ihr angebracht und erfolgreich erscheinenden Weise für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten. Die R. P. D. hat ja bisher nichts unversucht gelassen, die Führer der S. P. D. nach jeder Richtung zu verächtigen. Wenn sie auch in Zukunft daran Gefallen findet, ist es ihre Sache. Die S. P. D.-Führer wird dies nicht hindern, auch weiterhin unbekümmert ihren Weg zu gehen, um dem Wohl der Arbeiterschaft zu dienen. Da das bisherige Lügengebäude vom „Verrat“ der S. P. D. im Zusammenbrechen ist, glaubt die R. P. D.-Führerschaft sich nicht mehr anders retten zu können, als die alte Hege wieder neu zu nähren. Sie hat dabei die eben geschaffene Einheitsfront leichtfertig aufs Spiel gesetzt und bewahrt damit aufs neue, daß die

Die D. S. ist keine andere Aufgabe gestellt hat, als die Verantwortung der Arbeiterschaft immer wieder offen zu erklären. Je eher auch die kommunistischen Arbeiter erkennen, welche verwerflichen Spiel diese Schöpfung mit den gemeinsamen Interessen der Arbeiterschaft treiben, desto eher wird es möglich sein, den Kampf der Arbeiter geschlossen zum Siege zu führen.

## Preissteigerungen - Lohnerhöhungen

„Der Arbeiter muß leben können.“

Eine neue große Teuerungswelle ergreift sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren sichtbarsten Ausdruck. Jedoch nicht minder läßtbar sind die verschiedenen sonstigen Preissteigerungen, die in den letzten Wochen bereits eingetreten sind, und mit drückender Sorge sehen die unbemitteltesten Bevölkerungsteile der gewaltigen Kostenvermehrung entgegen, die in den nächsten Wochen und Monaten unabwendbar kommen wird.

Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisstau zu verzichten, der vergebens. Der ADGB hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Preissteigerung zu verhindern. Das ist ihm gleichfalls nicht gelungen.

Die Gewerkschaften trifft somit keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen sind, auf der ganzen Linie neuertlich

### beträchtliche Lohnüberbungen

zu stellen und diese Forderungen mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes auch durchzuführen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben schon am 1. April die Vertreter der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft ersucht, gemeinsame Schritte gegen die bevorstehende Preissteigerung zu unternehmen. Die Arbeitgebervertreter konnten sich hierzu nicht entschließen, sondern gaben die Erklärung ab, daß

im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischen eingetretene Preissteigerung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes bereits ein Ausgleich geschaffen sei

Dies erhoffte Wirkung der Preissteigerung ist ausgeblieben, es ist im Gegenteil eine große Preissteigerung teils schon erfolgt, teils unmittelbar bevorstehend.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnüberbungen aufs neue preissteigernd wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungesunden Kreislauf mitmachen. Ihre Bemühungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Nirrt herauskommen, können mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.

Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnüberbungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen.

### Der Arbeiter muß leben

können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der kein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft betonen will, die Pflicht, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bei der Erringung auskömmlicher Löhne tatkräftig zu unterstützen.

Unsere Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reich rufen wir hiermit auf, einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten. Größer und schwieriger als jemals sind die uns bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsleitungen sprechen vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist. Aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller

## Sozialismus und Christentum.

Von Dr. Gustav Hoffmann.

Die moderne theologische Forschung hat ein gut Teil vom Inhalte der Evangelien als unchristlich, das heißt als nicht historisch christlich, festgestellt, sondern als etwas, das von der Gemeinde später christlich genannt wurde. Aber auch die verhältnismäßig wenigen Jesuworte, die uns überliefert sind, sind typisch für die Jesunatur. Sie ermöglichen uns ein Bild von Jesu Persönlichkeit und sie sind umstände, uns zu zeigen, daß Jesus nicht der gewesen, für den die meisten ihn noch heute halten. Der hüdenbe Jenseitsmenschen, sondern daß er als Halb der Tat mit beiden Füßen auf der Erde stand. Zur Tat drängte seine große Seele, ins Leben, in die Wirklichkeit. Und darum sein Kampf, sein Kampf gegen die Heuchler, gegen die Reichen, gegen die Schriftgelehrten und Pharisäer. Jesus war Latmenisch, Kampfnatur. Die Ausreibung der Wechler aus dem Tempel ist das herrlichste Zeugnis seiner großen Latnatur. Seine Seele war zu stürmend, als daß er Grübler bleiben konnte und Träumer. Er trat ins Leben, sah das Leben und bekämpfte das Leben, wo es nur allzu sehr von dem von ihm empfundenen Geiste abwich. Und darum heißt Christ sein: Täter sein, und um so dringlicher ist die Tat, je durchgreifender sie einwirkt auf das Leben im Sinne einer Durchgeistigung. Und darum ist der Sozialismus in herrlicherer Art das praktische Christentum.

Der Sozialismus, das, was der Sozialismus wirklich will. Nicht das, was so viele Gegner auch heute noch Sozialismus nennen. Die meisten glauben, daß der Sozialismus nichts anderes erstrebe als eine gerechte Verteilung der Güter dieser Welt. Allerdings will der Sozialismus das auch. Aber er will mehr. Er will die Vergesellschaftung des Wirtschafts- und Bildungslebens. Diese Sozialisierung bringt dann von selber auch eine gerechte Verteilung der materiellen Güter, aber sie erreicht mehr. Dadurch, daß durch die Sozialisierung des Bildungslebens jeder an seinem natürlichen Arbeitsplatz steht, lebt jeder sich aus mit seiner ureigenen weltlichen Persönlichkeit, und dadurch, daß die Sozia-

Unterstützung können die Gewerkschaften diese Aufgaben erfüllen.

Berlin, den 5. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Th. Dehnbart.

## Die Löhne im Ausland.

Von der deutschen Industrie ist vor einiger Zeit, als wir noch einen etwas bescheidenen Markt für die Konkurrenz behauptet worden, daß ihre Konkurrenzfähigkeit sehr stark zurückgegangen sei und die Aussichten für den Außenhandel immer ungünstiger worden. Wie immer in solchen Fällen spielte das Verlangen eine Rolle, durch eine Herabsetzung der Arbeitslöhne die Konkurrenzfähigkeit zu heben. Abgesehen davon, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber nicht mehr unter sonstigen Umständen des Auslandes zu leiden hat, als unter Lebensfragen und hohen Löhnen, ist es immerhin wertvoll, einiges über die Löhne des Auslandes zu erfahren. Im amerikanischen Kongressbericht über die Löhne in der Textilindustrie aus einigen Hauptländern dieses Gewerbes unterbreitet worden. Die Zusammenstellung ergibt den nachfolgenden Vergleich:

Die Wochenlöhne betragen in Dollar in der

	Wollweberei	Wollspinnerei	Wollwäberei
Nordamerika	20,00	20,00	20,00
England	12,00	15,00	17,00
Belgien	12,20	9,54	9,63
Frankreich	9,12	12,00	—
Italien	5,14	—	—
Japan	4,58	—	6,00
Deutschland	4,85	4,74	4,85

Die Löhne lassen einen weiten Abstand Deutschlands gegenüber Amerika und England, ja selbst Belgien erkennen. Bei diesen großen Differenzen ist aber ferner zu beachten, daß der Preis für Lebensmittel in Amerika nahezu wiederum auf den Vorkriegsstand angelangt ist, während bei uns noch eine 15 bis 16fache Preissteigerung besteht. Daß es unter solchen Umständen ausgeschlossen sein muß, die Löhne zu erniedrigen, bedarf keiner näheren Begründung, im Gegenteil, wir stehen vor einer sehr starken Bewegung zu einer allgemeinen Erhöhung der Löhne und Gehälter.

## Die „überzeugten“ Kommunisten in den russischen Gewerkschaften.

Auf dem Moskauer Kongreß wurden die Zahlen der Mitglieder bekanntgegeben, die die „rote“ Gewerkschaftsinternationale in ihren Reihen zu vereinigen vorgibt. Sie wurden von den kommunistischen Zeitungen triumphierend folportiert und schwantzen je nach Wunsch und Phantasie. Nach der Moskauer Ansicht sind alle diese Millionen „überzeugte“ Kommunisten. Wenigstens in den russischen Gewerkschaften. In Wahrheit sind die meisten nur deshalb für Moskau, weil sie nichts anderes kennen. Sie können nicht lesen. Sie erfahren nichts von der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Sie sind nicht imstande, den Moskauer Schwindel über die Amsterdamer Internationale nachzuprüfen. Außerdem funktioniert die bolschewistische Zensur noch besser als die des Jaren. Sie müssen in die Gewerkschaften, ob sie wollen oder nicht. Sie müssen glauben, was ihnen die Parteiführer erzählen. Sie glauben es, weil ihnen die Funktionäre nur mitteilen, was ihren Zwecken entspricht. Den Beweis dafür liefert ein Bericht an den Moskauer Kongreß. Danach betrug die Zahl der Analphabeten in den russischen Gewerkschaften 60 Prozent für das Nahrungsmittelwesen; 75 bis 80 Prozent für die Landwirtschaft und das Forstwesen; 70 bis 80 Proz. für die städtischen Betriebe; 60 Prozent für die Textilindustrie; 75 bis 80 Prozent für die Tabakindustrie; 60 Prozent für die Eisenbahner; 25 bis 27 Prozent für die Schiffsarbeiter; 12 Prozent für die Metallarbeiter. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Können

Wahrung des Wirtschaftslebens den wirtschaftlichen Egoismus ausschaltet, wird es möglich, daß der Mensch kein Ganzes einfügen kann für eine Bruderwelt. Persönlichkeit und Brüderlichkeit sind die natürlichen Hüten des sozialistischen Bewusstseins, zugleich die beiden Wurzeln, um die sich die ganze Lehre Jesu dreht und deren Einheits die Liebe ist.

So kann nur durch die sozialistische Tat einmal praktisches Christentum werden. Das ist rein christlich, das Leben überall da zu bekämpfen, wo es die Durchgeistigung noch vermissen läßt, so wie Jesus es auch tat für seine Zeit. Und da gilt es, das wirtschaftliche Leben von Grund auf zu formen, da das wirtschaftliche Leben letzten Endes die Quelle alles Lebens ist.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß das stützende Leben in dem wirtschaftlichen Dasein wurzelt. So hat von Marx z. B. in Bayern bewiesen, daß „jeder Sechser, um den das Getreide im Preise gestiegen ist, auf je 100 000 Einwohner einen Diebstahl mehr hervorgerufen hat“. Und von den in 10 Jahren in Österreich wegen Diebstahls Verurteilten hatten alle bis auf zwei kein Vermögen. Nur zwei waren wohlhabend.

So ist es einfach nicht zu leugnen, daß das wirtschaftliche Leben die wichtigste Quelle der sogenannten Sünde ist, und da ist es unchristlich, das wirtschaftliche Leben nicht grundsätzlich umzugestalten, wie wir es wollen. Nur wenn der Baum gut ist, sagte Jesus, werden auch die Früchte gut sein. Es genügt darum nicht, den Baum nur hier und dort zu beschneiden, wenn der Boden faul ist. Soll der Baum gut sein, dann muß er wurzeln in einem gesunden Boden.

Es ist durchaus falsch, Jesus, der so gesprochen, irgendwie zu vergleichen mit denen, die da mit Jesus zufrieden sind. Jesus war Revolutionär. Sein Denken und Fühlen war auf grundlegend Neues gerichtet. Darum auch sein Werk: Niemand sieht ein altes Kleid mit einem Lappen von neuem Tuch, denn der Lappen reizt doch wieder vom alten Kleide, und der Riß wird nur noch ärger. Es ist sich beim besten Willen nicht bestreiten, daß auch aus diesem Worte eine revolutionäre Seele sprach, keine reaktionäre.

alle diese Menschen, die weder eine Broschüre noch eine Zeitung lesen können, als Kommunisten gezählt werden? Die „rote“ Gewerkschaftsinternationale proklamiert vom Analphabetenentum. Alle, die in die russischen Gewerkschaften aufgenommen werden, gelten ohne weiteres als Kommunisten. Bei dieser Methode ist es keine Kunst, zu großen Mitgliederzahlen zu gelangen.

## Der A. D. G. B. und die russische Katastrophe.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erläßt folgende Erklärung:

Der Einladung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, mit ihr gemeinsam eine Mission ins Land von Hunger und Seuchen schwer bedrohte Russland zu veranstalten, konnte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Gründen, die einer Erörterung hier nicht bedürfen, nicht Folge leisten. Es geht uns aber nicht an Müßiggang mit den mittelständischen russischen Arbeitern und wir weisen auch den Sowjets nicht von uns, etwa diese Unschuldigen verantwortlich zu machen und sie bösen zu lassen für die Taten der jetzigen Gewerkschaften in Sowjetrußland, die ihre reichen Geldmittel und ihre Sendboten fortwährend nach Deutschland schicken zu dem Zweck, unsere Gewerkschaften zu zerstören.

Wir sind überzeugt, daß die große Masse der deutschen Arbeiterschaft in dieser Stellungnahme einig mit uns ist.

Wie aber können wir unsere Solidarität mit den Arbeitern Russlands betonen, wie können wir ihnen in ihrer schweren Not helfen?

Wichtig ist das Land in Russland größer als die Not, von der die Arbeiterschaft in unserer eigenen Lande seit Jahren heimgesucht wird. Aber wir glauben nicht, daß die Arbeiter Deutschlands angeht, der Lage, in der sie sich gerade jetzt befinden, selbst beim besten Willen imstande sein werden, durch Geldsammlungen eine solche Summe aufzubringen, mit der gegen die Hungersnot in Russland irgendwelches auszurichten wäre.

Brötchen und Geldmittel gegen die Hungersnot müssen aus den reichen Ländern kommen, sie können unmöglich aus dem armen Deutschland erwartet werden.

Deutschland aber muß und wird helfen gegen die Cholera und andere Seuchen, die in Russland wüten. Und an dieser Hilfeleistung sollen sich auch die Arbeiter Deutschlands beteiligen, soweit es ihre Kräfte erlauben.

In Berlin hat sich am 1. August ein Hilfskomitee zu diesem Zweck gebildet, in dem auch der Vorstand des ADGB, durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Weismann vertreten ist. Das Komitee hat die ersten Schritte zur Hilfeleistung bereits eingeleitet und wird über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen in den nächsten Tagen eine Entscheidung treffen.

## Kleine Nachrichten.

Nur wer die Sehnsucht kennt. Aus Athen wird gemeldet, daß der ehemalige Zar Ferdinand von Bulgarien in der vergangenen Woche versucht habe, nach Bulgarien zurückzukehren in der Absicht, die gegenwärtige Regierung zu stürzen. An der Grenze sei er jedoch erkannt und sofort abgefangen worden.

Nach ein Zerkungsverbot im Memelland. Der Oberkommissar für das Memelgebiet hat die Einführung, die Veröffentlichung und den Verkauf der „Litauer Allgemeinen Zeitung“ im Memelgebiet bis auf weiteres verboten.

Bevorstehender Generalkrieg in Braunschweig. Die Braunschweiger Arbeiterschaft ist wegen der Aussperrung in der Braunschweiger Metallindustrie durch Flugblätter zum sofortigen Eintritt in den Generalkrieg aufgefordert. Desfentliche Versammlungen werden zu der Frage des Generalkriegs Stellung nehmen.

Kampf in der Berliner Holzindustrie. Die Verhandlungen zwischen den Berliner Holzarbeitern und der Berliner Holzindustrie sind wegen der Weigerung der Unternehmer, den Reichsmantelarif auch für Berlin anzuerkennen, ergebnislos abgebrochen worden. Die der „Vorwärts“ mitteilt, ist insolge dessen mit einem schweren Kampf in der Berliner Holzindustrie zu rechnen.

Und darum ist es christlich, durch den Sozialismus das Neue zu schaffen. Solange der Kapitalismus noch vorhanden, kann die Liebe niemals möglich sein. „Niemand kann zweien Herren dienen. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ Erst wenn durch den Sozialismus der moderne Mammon beseitigt ist, erst dann ist das ganze Leben Liebe, Brüderdienst. Solange persönlich-materielle Interessen überhaupt noch in irgendeiner Weise möglich sind, solange wird niemals ein sittliches Sein werden können. „Es ist eher möglich, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr geht als daß ein Reicher ins Reich Gottes gelangt.“ Jesus fühlte es nur zu deutlich, daß wirtschaftliche Interessen und Egoismus die kräftigsten Gegenkräfte sind, wie sittliches Leben ein sittliches Wirtschaftsleben zur Voraussetzung hat.

Das ist darum das Wesen seiner Seele, daß sie das Wirtschaftliche erfasste und die Innerlichkeit der Zusammenhänge erkannte. Und eben weil seine Seele so tief und so umfassend war, darum unterschobet sie sich auch von denen, die da am Buchstaben kleben und am Kleinen. Jesus und Dogma sind Widersprüche. Eine große Seele muß frei sein. Sie muß erleben. Und erleben lassen wollte Jesus auch. Hätte er Dogmen gewollt, er hätte sie fixiert und lernen lassen. Erleben lassen wollte er. Geißt. „Ich bin gekommen, das Gesetz zu erfüllen.“ Er wollte es befehlen, durchdrängen mit höchster Geistigkeit.

Und darum ist es christlich, Jesu Lehre zu verbinden mit der modernen Naturerkenntnis, dieser höchsten menschlichen Geistigkeit. Das Erleben der ganzen vollen Persönlichkeit, das Erleben von Hirn und Herz, das ist die höchste Durchgeistigung, das höchste Erleben. Da dieses Erleben aber nur in der sozialistischen Bruderwelt seine vollständigste Verwirklichung erlangt, so ist es christliche, u christliche Pflicht, zum Sozialismus zu streben. Und wer von dieser großen proletarischen Auffassung des Jesusbildes abweicht, der hat des Nazareners herrlichste Eigenart, ihn als Genie nie erfasst.

## Ablehnung der Neuwahl des Volkstages.

### 66. Sitzung des Volkstages

Mittwoch, den 10. August 1921.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Dr. Malibac, macht derselbe die Mitteilung, daß wegen der Verhinderung der beiden Abgeordneten Rahn und Schmidt in der Volkstagsitzung am 4. August ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss gegen das Vorgehen des Senators Schümmer eingeleitet worden ist. Nach Verlesung des Berichts dieses Ausschusses über die Untersuchung des Senatsbeschlusses vom 4. August 1921, wird die Tagesordnung: 1. 2. und 3. Beratung eines Gesetzes betr. Neuwahl des Volkstages. Dieser Punkt der Tagesordnung entspricht einem Antrag unserer Fraktion und ist dieser als Folge der Vorkommnisse am 4. August anzusehen. Durch diese Vorkommnisse, die einen klaren Bruch der Verfassung durch die Maßnahmen des Senators Schümmer bedeuten, ist der Volkstag in eine äußerst schwierige Situation geraten. Ein Rechtsbruch ohne Gleichen, wie er bisher in der ganzen Welt einzig zu verzeichnen ist, wurde hier durch eine Regierung begangen, und von dieser und ihrem Anhang nicht nur geteilt, sondern direkt gebilligt. Daß mit diesen politischen Verdröhnungsakten, die sich die bürgerlichen Mehrheiten im Volkstag gegenüber der Linken leisten, letzteren nicht mehr zugemutet werden kann, weiter zu arbeiten, liegt klar auf der Hand. Als erster Redner trat

Genosse Spill auf und begründete den Antrag unserer Fraktion. Von der Eröffnung der Verfassungsgebenden Versammlung ausgehend, wo alle Parteien den Vorstoß hatten, zum Wohle des Freistaates zu arbeiten und die Interessen der ganzen Bevölkerung wahrzunehmen, bis zum heutigen Tage, hat sich vieles geändert. Gar bald erkannte man, daß die Parteien der Rechten ihre eigenen Interessen in allen Dingen vorzuziehen ließen. Redner erinnert die bürgerlichen Parteien daran, daß früher schon der Genosse Dr. Jant die Rechte des Hauses eindringlich gewarnt hatte, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen, der schließlich zu schmerzhaften und letzten Endes zu den heutigen Zuständen führen mußte. Aber auch das Verhalten der äußersten Linken kann nicht gebilligt werden, zumal es nicht immer zum Wohle der gesamten Bevölkerung Danzigs beigetragen hat. Allmählich hat sich hier ein Mißtrauen herausgebildet, daß keine Partei mehr an der Ehrlichkeit der anderen Partei glaube und die Gegenseite zwischen Links und Rechts immer schroffer zutage trat. Die letzten Zeiten haben dies bewiesen, wo der Senat den Linksparteien vorwarf, daß letztere die Absicht gehabt hätten, den Senat zu stürzen. Diese Ansicht des Senats findet Redner direkt kühnlich, denn es liegt doch klar auf der Hand, daß man durch einen stillschweigenden Generalstreik keine Regierung stürzen könnte. Der Senat wurde gewarnt, eigenmächtig in das Wirtschaftsfeld Danzigs einzugreifen, diese Warnung hat der Senat in den Wind geschlagen. Wenn die bürgerlichen Parteien immer wieder versuchen, der Linken in die Schenke zu schieben, daß dieser Generalstreik eine politische Macht der Linksparteien sei, so vertennen die bürgerlichen mit ihrem Senat vollständig die heutige wirtschaftliche Notlage des größten Teiles der Bevölkerung von Danzig. Einzig und allein der Wunsch dem Senat zu zeigen, daß die Bevölkerung unter dieser Lenkung nicht mehr existenzfähig sei, sollte in der geplanten Demonstration und als diese verboten war, im Generalstreik zum Ausdruck kommen. Aber der Senat vertritt ja nur einseitig die Interessen der bestehenden Bevölkerung Danzigs und deshalb hat er sich das Vertrauen des anderen Teiles gänzlich verweigert. Genosse Spill, der seinezeit bei der Deputation war, die beim Senat vorstellig wurde, um die Demonstration auf dem Seemarkt freizubekommen, hatte selbst auf eine diesbezügliche Anfrage von den Abgeordneten Ziehn und Senator Schümmer die Antwort bekommen, daß jede Demonstration verboten war. Hier im Volkstage stellt sich der Senatspräsident hin und erklärt, nur den Seemarkt wollte er nicht freigeben. Es muß hier an dieser Stelle gesagt werden, daß der Senat sich nicht gekümmert hat, die glatte Unwahrscheinlichkeit zu sagen. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Danzig hatte den Streik beschlossen, und was trat nun ein? Es wurde das Gerücht verbreitet: Sturz der

Regierung. Ermordung der Senatoren soll der Fall gehen. Kein Wort ist davon wahr.

#### Danzig wurde in ein Gezerlager verwandelt.

Am 2. August 1921 sah Danzig nicht so friedlich wie am 4. August 1921 aus. Der Senat war ja gänzlich kopflos geworden. Dies haben ja die Vorgänge am 4. August im Volkstage bewiesen. Unter diesen Umständen, die ja auch ein erschreckliches Weiterarbeiten mit diesem Senat zur Unmöglichkeit machen, bleibt als Lösung nur das eine:

#### Neuwahl der gesetzgebenden Versammlung.

Mit der Wahrung an den Senat und an die Rechte, in dieser Hinsicht die gesamte Bevölkerung des Freistaates sprechen zu lassen, schloß Genosse Spill die Begründung unseres Antrages.

Abg. Dr. Bumke (Linke.) billigt natürlich die Maßregel Schümmer, er spricht von einer schwierigen Situation in die sich jetzt durch diese Forderung auf Neuwahl des Volkstages, die Mehrheit der Verfassung, muß ihm Genosse Dr. Jant herhalten. Wenn also die Sinne die Auflösung des Volkstages will, so verläßt sie den Boden der Verfassung. Seine Fraktion lehnt die Neuwahl des Volkstages ab.

Abg. Roehning (ZP.) beruft sich auf Artikel 9 der Verfassung, der besagt, daß alle vier Jahre zum Volkstag gewählt werden kann. Nachdem Redner noch einige juristische Bemerkungen machte, die alle beweisen sollten, daß jetzt der Volkstag nicht aufgelöst werden kann, hält er es für nötig zu erklären, daß seine Fraktion unseren verfassungswidrigen (?) Antrag ablehnt.

Einem direkt widerlichen Eindruck machte der im Beistand Schümmer's Sprechende

Abg. Neubauer (Zent.) mit seinen jesuitischen Verdrehungskünsten. Dieser Abgeordnete des Zentrums hatte es wohl im höheren Auftrage darauf abgesehen, mit seinen Ausführungen die Atmosphäre im Sitzungssaal bis zur Erstickung zu bringen. Aber was dieser saubere Herr wollte, gelang ihm doch nicht. Trotz alledem! Die ungeheuerlichsten Lügen verbreitete der Zentrumsredner über den Generalstreik. Beschuldigte die linksstehende Arbeiterschaft des rückwärtslosigen Terrors. Die sozialistischen Parteien bezweifelten nach seiner Meinung eine Politik des Niederrückens und forderte deshalb von der Regierung, die Anwendung der allerhöchsten Mittel, um die Arbeiter (?) zu schützen. Wegen der fortgesetzten in der schamlosesten Weise gegen die Vertreter der freien Gewerkschaften geschickten Verleumdungen, von der Linken oft unterbrochen, verkündet er unter Ablehnung unseres Antrages: das Volk hätte am 4. August gesprochen und sein Urteil abgegeben.

Genosse Zent gab dem Vordrucker die gebührende Antwort. Schlag auf Schlag bewies unser Genosse, daß der Abg. Neubauer trotz seiner zur Schau getragenen christlichen Gesinnung, den Klassenhaß in schärfster Form gepredigt habe. Von einem Abgeordneten Schümmer's Wonne man ja nichts anderes erwarten. Dies zeigt so richtig, daß es in Zentrumskreisen kein Gewissen mehr gibt. Die alte Zentrumsparole „der Zweck heiligt die Mittel“ wird hier in Danzig mit Stahlhelmen, Karabinern und Handgranaten aufrechterhalten. Noch nie ist dem christlichen Standpunkt: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, eine derartige moralische Bedeckung gegeben worden, wie am 4. August 1921 von den Edeltugenden des Zentrums und der Nationalliberalen. Als getreuer Schildeknappe Schümmer's, schreie der Abg. Neubauer im Auftrage des Zentrums eine Neuwahl des Volkstages ab. Dies bedeutet: Eine Politik der blauen Bohnen, die bestenfalls Sturz ergeben könnte. Die Schümmer für die Bevölkerung Danzigs besorgt ist, zeigt folgender Vorfall. Vor kurzem wurden von einer Firma in Kamm dem Senat angeboten, die Stadt Danzig regelmäßig mit Fleisch zu versorgen. Es sollten erstmalig 200 Rinder, 200 Hammel und 250 Schweine nach hier geliefert werden. Die betreffende Firma erbot sich, alle sonstigen Bedürfnisse obwalten zu lassen, damit die Bevölkerung fleischartiges Fleisch bekommen würde. Der Geheimrat, der die Sache vermittelt hatte, erklärte: es hat gar keinen Zweck mit Schümmer

selbst zu verhandeln, schon über 14 Tage liegt das Angebot vor, und die Sache wird nicht erledigt. Nachdem noch der Genosse Zent an der Hand vieler Beispiele gezeigt hatte, daß viele Lebensmittel in Deutschland billiger als hier in Danzig sind, ersuchte er die Mitglieder des Hauses, die Freiheit des Handels im Parlament wieder herzustellen und den Antrag unserer Fraktion anzunehmen. Abg. Weitzner (ZP.) geht noch einmal kurz auf die Verhaltung der beiden Abgeordneten ein und spricht von einem juristischen Zwangsverbot, an dem die ganze Sache aufgegriffen worden ist. Die freien Gewerkschaften lehnen es ab, von einem Feindbauern sich jemals vertreten zu lassen. Die Abgeordneten Bumke und Neubauer haben sich beklagt, daß ein Arbeiter in diesem Hause nicht möglich sei. Die ZP. erklärt, es ist nicht möglich mit solchen Leuten wie Bumke und Neubauer zu arbeiten. Am 4. August haben diese Herrschaften bewiesen, daß es in Danzig keine Freiheit mehr gibt. Die ZP. wird für den Antrag unserer Partei eintreten.

Abg. Raabe (Zent.) hält noch einmal dem Senat und der bürgerlichen Mehrheit ihre Sünden vor. Redner stellt verschiedene Anfragen an den Senat: Ob Bewerte vorliegen, daß der Senat und die Regierung gestürzt werden sollten, wie kurz vor 3 bis 4 August die Schupo in Danzig war, wieviel Waffen und Munition während dieser Zeit in Danzig waren, von welchen Mitteln die Einwohnerwehr bezahlt wird, indem Redner erklärt, daß dieses Volk für das oberste Gesetz, fordert er den Volkstagspräsidenten, der Sozialdemokratie wirft er vor, daß diese die Einheitlichkeit des Proletariats zerstört habe. Nach Ansicht Raabe's wird jetzt nur noch Geschichte mit der Faust geschrieben. Die Kommunisten lehnen es ab, mit einem Parlamentarismus zu arbeiten.

Abg. Dr. Raabe (Zent.) erklärt, zwei Fragen ständen zur Diskussion, ob es gesetzlich zulässig sei, den Volkstag jetzt aufzulösen, und ob es notwendig sei, diesen Volkstag aufzulösen. Die Ansicht Dr. Roehning's kann Redner nicht teilen. Der Volkstag könnte zwar gewählt werden, aber zu sagen braucht er deswegen noch lange nicht. Man wolle in den Kommissionen dem Senat nicht die Macht geben, den Volkstag aufzulösen. Der Volkstag selbst besitzt jederzeit das Recht, seine Auflösung zu bestimmen. Die politische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß diese Auflösung jetzt möglich sei. Der Redner ruft er zu, daß es ja noch andere Mächte gibt, die hier ein Wort mitzureden haben und wenn die Rechte so sicher sei, daß sie in stärkerer Anzahl wieder ins Parlament einzutreten würde, dann sei es höchst unerwünscht, weshalb von dieser Seite gegen die Auflösung Sturm gelaufen werde. Die politische Fraktion tritt für den Antrag unserer Fraktion ein.

In seinem Schlusswort wendet sich Abg. Genosse Spill gegen die Ausführungen Raabe's. Unsere Fraktion werde unbekümmert um das Wohlwollen des Abg. Raabe, alle Maßnahmen als richtig erachten, die dazu dienen, der Allgemeinheit von Nutzen zu sein. Wenn Abg. Neubauer sagt, daß Volk hat am 4. August gesprochen, so kann das richtig sein, aber die Meinung des Volkes sieht anders aus, als der Abg. Neubauer es ausgeführt hat. Am 4. August kamen viele christliche Arbeiter zu den Sekretären der freien Gewerkschaften und erklärten:

#### Unsere christlichen Führer haben uns belogen.

Die zahlreichen Hebräertritte in die freien Verbände beweisen am deutlichsten, daß die Masse der Arbeiter eingeschlagen habe, wohin die Politik Schümmer's führt. Redner bittet den Antrag unserer Fraktion anzunehmen. Bei der Abstimmung unseres Antrages auf Neuwahl des Volkstages, Wahltag der 30. Oktober 1921, sind die Linksparteien und die Polen dafür, die bürgerlichen dagegen.

Ueber den § 2 der lautet: Wahrgeld für die Wahl der Abgeordneten ist die Wahlordnung für die Verfassungsgebende Versammlung der freien Stadt Danzig mit der Maßgabe, daß zum Wahlleiter der Präsident des Volkstages bestellt wird, der berechtigt ist, sich einen Vertreter zu bestellen, auf Antrag namentlich abgestimmt dafür sind 42, dagegen sind 52 Stimmen. Damit ist das ganze Gesetz abgelehnt. Ein neuer Antrag unserer Fraktion, dem gesamten Senat ein Mißtrauensvotum auszusprechen, wird ebenso, wie ein Dringlichkeitsantrag von unserer Seite auf sofortige Einberufung des Volkstages, dem Hause vorgelegt. Der Volkstag tritt deshalb am Dienstag, den 16. August, 3 Uhr nachmittags erneut zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht: Das Mißtrauensvotum gegen den gesamten Senat.

Schluss nach 4 1/2 Uhr nachmittags.

### „König Kohle.“

Konig von Hpton Sinclair.  
(Fortsetzung.)

Kaum hatte er Hals Bekanntschaft gemacht, so begann er bereits, ihn auszufragen und Hal erkannte sehr bald, daß er hier den rechten Mann gefunden habe. Keating wußte genau, welche Fragen zu stellen seien, in wenigen Minuten war ihm alles klar. „Donnerstag!“ — rief er aus — „Meine letzte Aufgabe!“ Er sah auf die Uhr, sprang aus dem Telefon — „Interurban“ — dann „ich will den Redakteur der „Western City Gazette“ und bitte, sehen Sie darauf, daß es rasch geht, das letzte Mal mußte ich eine halbe Stunde warten!“

Er wandte sich wieder Hal zu, stellte neue Fragen und machte Fragen. Er wußte Hals Erklärungen über das Unterlassen des Streikens, den Mangel an Katastrophengeldern, die Verzögerung bei Inanspruchnahme des Geldes, das Verheimlichen der Zahl der im Schacht begrabenen Männer. „Ich wußte ja, daß da oben etwas faul sei, konnte aber nichts erfahren. Immer ging ein Mann neben mir her, kenne Sie eine Kerl namens Pedrovich?“

„Ja“, entgegnete Hal — „ein Warenhausangestellter; er hat einmal meine Taschen durchsucht.“

Keating machte eine Gebärde des Akfels: „Der war mein Reporter. Wie hätte ich, diesen Spion auf den Fersen, mit den Berichten reden können. Ich sagte dem Oberaufseher: „Ich brauche Ihre Begleitung.“ Er aber lächelte häßlich: „Wir wollen nicht, daß Ihnen hier etwas zustößt, Herr Keating.“ — „Um das Leben der anderen Reporter können Sie weniger besorgt zu sein?“ — „Meinte ich, „Ja, die „Gazette“ hat sich aber viele Feinde gemacht, das wissen Sie ja.“ „Lassen Sie den Schwindel, Herr Cartwright, haben Sie vor, mich die ganze Zeit beobachten zu lassen?“ „Sie können es auch so auffassen, wenn Sie damit den Leuten der „Gazette“ eine Freude machen.“

„Zu dumme, daß wir einander nicht begegnet sind“ — sagte Hal. — „Ober, daß Sie niemand von der Wagenkontrollgruppe getroffen haben.“

„O! Sie wissen um die Wagenkontrollgruppe!“ — rief der Reporter. „Ich habe davon gehört — deshalb bin ich heute hier. Man sagte mir, daß ein Mann namens Edstrom in Pedro ist, der wegen dieser Sache entlassen wurde; wenn ich den fände, könnte ich manches erfahren.“

Hal und Mac Keller blickten auf den alten Schweden und alle drei brachen in Lachen aus. „Da ist Ihr Mann!“ — sagte Mac Keller.

„Und da ist Ihr Wagenkontrollleur!“ — sagte Edstrom hinzu und wies auf Hal.

Sofort war der Reporter hinter der Spur her, eine Frage nach der anderen floß von seinen Lippen. Die „Wagenkontrollleur-Geschichte“ würde für den nächsten Tag eine Art „Fortsetzung“ ergeben, so blieb die Nord-Zal-Affäre am Leben. Außerdem hing auch dies aufs engste mit der Katastrophe zusammen, bewies, was die Nord-Zal-Frauen taten, anstatt sich um die Sicherheit ihrer Arbeiter zu kümmern. „Ich schreibe es noch heute nachmittags und schickte es gleich ab“, sagte Keating, dann mit einem Seufzer: „Das ist der Vorteil, wenn man Nachrichten bringt, mit denen die anderen Zeitungen nichts zu tun haben wollen; man braucht nicht zu befürchten, daß einem die „Sensation“ fortgeschwappt wird.“

Keating trat wieder aus dem Telefon, brummte über die schlechte interurbane Verbindung, jammerte über seine letzte Aufgabe und stellte neue Fragen an Hal. Bald waren ihm alle Erfahrungen des jungen Mannes bei dessen Versuchen, eine öffentliche Rolle zu spielen, bekannt; er fand auf seinen Schritt zurück und lachte, bis er, wie es im Kinderbuch heißt, gleich einer Schüssel Gelbes zitterte.

„Graham!“ — rief er aus. — „Stellen Sie sich das bloß vor, Mac Keller! Ich dieser Geschichte geht er zu Graham!“

Auch der Schotte schien dies äußerst komisch zu finden; beide erklärten Hal, daß Graham der politische Reporter des „Adlers“ sei, der Redner Zeitung, die dem Sheriff-Kaiser gehörte. Er würde Hal's Raymond's Journalisten-Schapel genannt werden, kein Geschick war für ihn zu schmüßig.

„Er hat mir doch gesagt!“ — rief Hal — „daß er der Korrespondent der Western-Präzessionation ist.“

„Das stimmt!“ — erwiderte Billy.

„Und die Präzessionation stellte Spione für die Allgemeine Beheizungs-Gesellschaft?“

Der Reporter entgegnete trocken: „Wenn Sie das Spiel besser kennen, wird Ihnen klar werden, daß die Präzessionation bloß eines von ihren Korrespondenten verlangt: Achtung vor dem Besten. Ist ihm diese alleinseligmachende Eigenschaft in Fleisch und Blut übergegangen, so versteht er es auch, alle Nachrichten richtig zu handhaben.“

Keating wandte sich an den Schotten: „Haben Sie eine Schreibmaschine im Haus, Herr Mac Keller?“

„Eine alte, ebenso lahm wie ich selbst.“

„Ja, werde schon mit ihr fertig werden. Ich nähme diesen jungen Mann gern in mein Hotel hinüber, doch soll er sich so wenig wie möglich auf der Straße zeigen.“

„Sie haben recht. Lassen aber auch Sie sich raten, die Schreibmaschine in den ersten Stock zu nehmen, wo die Möglichkeit eines Sturzes durchs Fenster...“

„Dieser Himmel!“ — unterbrach ihn Hal. — „Sind wir in Amerika oder in Italien des Mittelalters?“

„Wir sind in Raymond's-Beiz“ entgegnete Mac Keller. — Neben Freund Tom Burton haben sie auf den Stufen seines Hauses sitzgeschossen. Er hatte der Maschinerie Widerstand geleistet und Beweise für Wahlbetrug geliefert, die er dem Berichte vorlegen wollte.“

Während Keating mit der interurbanen Verbindung schalt, versuchte der alte Schotte, Hal die Gefahr seiner Lage klar zu machen. Inläufig erst war ein Organisator der Gewerkschaft am heiligsten Tage überfallen und bewußtlos liegen gelassen worden. Mac Keller hatte der Gerichtsverhandlung und dem Freispruch der beiden Whiffaner beigewohnt — der Vorsitzende der Geschworenen war ein Schankwirt, ein Anhänger Raymond's gewesen, die anderen Geschworenen waren Mexikaner, die kein Wort von dem Gerichtsverfahren verstanden.

„Genau das mir von Jeff Colton versprochene Geschworenen-gericht!“ — meinte Hal und versuchte zu lächeln.  
(Fortsetzung folgt.)





## Die gewerkschaftliche Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Die gemeldet wird, hat zwischen Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund, „A.“ und Deutschem Beamtenbund eine Vereinbarung stattgefunden, wonach die genannten Verbände u. a. sich verpflichten, in der Wahrung der gemeinsamen Arbeitnehmerinteressen zusammenzuwirken, wie jeder Verletzung und jeder ungeschicklichen Forderung der Verfassung geschlossen entgegenzutreten.

Neun sind die ersten Nachrichten über diese Vereinbarungen in der Öffentlichkeit gedrungen, so macht sich auch schon der Unwille der Kapitalisten und Agrarier über diese Art des Selbstschutzes der Beamten bemerkbar. Die Republik wollen die Demokraten wohl schließlich erhalten wissen, aber das Streben der Beamten nach ausüblicher Beförderung misfällt ihnen ganz entschieden. Darum möchten sie die Strafhaft der Organisationen, die durch die Vereinbarung entstehen gestützt ist, gern wieder schwächen und indem sie sich in der Verhinderung der Verwirklichung dieser durch die Vereinbarungen in ihren Blättern. So schreibt der „Demokratische Zeitungsdienst“ u. a.: „Der Beamtenbund war seit der Revolution eine rein gewerkschaftliche Organisation, die parteipolitisch völlig unabhängig sein wollte. Im Gegensatz zu den Arbeitergewerkschaften, die in drei Richtungen getrennt sind, von denen zwei weltanschauungsmäßig politisch sind, war es den Beamten bisher gelungen, ihre wirtschaftliche Organisation einheitsmäßig zu erhalten; Anhänger aller Parteien konnten unbedenklich dem Deutschen Beamtenbund angehören. Gegen diese Einheitsfront wurde schon seit längerer Zeit gewühlt. Vornehmlich von den Sozialisten, aber auch unter aufmerksamer Duldung der christlichen Gewerkschaften; beide glauben nämlich, Geschäfte machen zu können, wenn auch die wirtschaftliche Beamtenbewegung parteipolitisch zerstückelt wird. . . . Der Anschluss des Deutschen Beamtenbundes an die sozialistische Gewerkschafts- und Parteibewegung, das ist der wirkliche Inhalt der Vereinbarung, auch wenn sie sehr vorsichtig abgefaßt ist und den Anschluss aller parteipolitischen und religiösen Bestrebungen betont. Man weiß, daß die sozialdemokratische Arbeiter- und Arbeiterbewegung das gleiche tun und doch im Kern sozialistisch ist. Wenn sich der Beamtenbund umgarnen läßt, ist sein Zusammenbruch befehlell. Sicher sollten alle demokratischen Beamten darauf hinarbeiten, daß der Anschluss an die sozialistische Arbeiter- und Angestelltenbewegung abgelehnt wird.“

Wir würden es freudig begrüßen, wenn der Beamtenbund sich an die freie Gewerkschaftsbewegung anschließen würde. In Wirklichkeit ist das allerdings noch nicht der Fall. Wenn sich auch zahlreich Beamten zur sozialistischen Weltanschauung bekennen, so betont doch der Beamtenbund als Organisation nach wie vor seine politische Neutralität. Er bezeugt aber durch die Vereinbarung, daß der Gewerkschaftsgebende in seinen Reihen Anerkennung gefunden hat.

Die Freude über Verpflüchtung des Beamtenbundes wird seinen Gegnern nicht antun werden, wenn auch einzelne Gruppen seines Heeres abschwenken, wie der Verband der preussischen Richter, der preussischen Justizsekretäre und der Verband der preussischen Justizsekretäre und Assisten (1). Wenn diese Vereinigungen eine Freude damit machen, das sehen wir aus dem Interesse, das gerade ausgesprochen rechtstehende Mütter zeigen, a. B. die „Deutsche Tageszeitung“, die da schreibt: „Es scheint doch, als ob nicht alle deutschen Beamten im Sozialismus das Allheilmittel für unsere hoffnungs-

lose Lage erblicken. Für den D. B. aber müßte diese Verpflüchtung ein Warnzeichen sein, sich nicht gar zu weit in die volle Welt hinauszutragen.“ Nun, der D. B. weiß, was er tut, und hat keine Lust, auf Ermahnungen von jener Seite etwas zu geben, die sich stets beamtenfeindlich gezeigt hat. Wir aber meinen, daß die von ihm eingeschlagene Richtung die einzig richtige ist, und sind überzeugt, daß wir ihn zufällig, auch in der freien Stadt Danzig, Schulter an Schulter mit Arbeitern und Angestellten keine wirtschaftlichen und rechtlichen Kämpfe werden ausbrechen sehen. —

## Vermischtes.

**Zum Nordpol durch die Luft.** Die Versuche, den Nordpol auf dem Luftwege zu erreichen, der Nord- und seinen Gefährten das Leben kostete, soll jetzt vom Physiker Edwin Haurvor Hantly wiederholt werden. Hantly beabsichtigt im September von Alaska im Flugzeug über den Pol nach Norwegen zu fliegen. Das Flugzeug wird außer ihm selbst drei Klavier befördern, und man hofft, daß es die arktische Nord in 24 Stunden kreuzen wird. Der Sohn Hantlys ist bereits in Europa eingetroffen, um die Vorbedingungen zum zweiten Teil der Reise vom Nordpol nach den skandinavischen Hauptstädten und London zu studieren. Die Reisenden wollen in Pointbarrow in Alaska starten, um dem 155. Meridian zu folgen und von dort zum Pol über die Erde von 1200 Seemeilen zurückzulegen. Nach dem ersten Viertel des Weges ist ein Halt vorgesehen, desgleichen am Pol, ferner auf Spitzbergen, wo André aufgestiegen ist, dann auf der Päreninsel und schließlich am Nordpol.

**Elektrische gegen den Kartoffelwucher.** Der Betriebsrat der Nationalen Elektrizitätswerke hat beschlossen, den elektrischen Strom auch für Entzerrung in den ländlichen Vororten von Matibor solange zu sperren, bis die von den Landwirten zurückgehaltenen Kartoffeln auf den Markt gebracht würden.

**Nejaden und Bekämpfung der Waldbrände.** Aus allen Teilen des Reiches werden Wald-, Moor- und Heidebrände gemeldet. Es handelt es sich um Brände, die sich über große Strecken ausbreiten und tagelang anhalten. Auf den ersten Blick scheint es rätselhaft, wie so gewaltige Flächen sich entzündeten können und wie ein kleiner Brandherd in kurzer Zeit in die Quadratkilometer sich ausbreiten kann. Und doch genügt ein winziger Funke, eine ganze Moorlandschaft in Asche zu legen. Der unachtsam hingeworfene Rest einer Zigarette genügt, verheerenden Schaden anzurichten. Der Funke wird ausgetreten, in den aufgedröhren Boden hinein, und scheint erstickt. Aber die winzige Glut kriecht sich in den Boden, kühlt einen kleinen Trichter in die Erde; es entsteht ein Nischenloch. Ein kleiner Windstoß bläst in die glühende Nische, wirft Funken empor, und der feurige Samen liegt über das Land. Dürre Galmes nehmen die Glut auf, beginnen zu schwelen, leiser Qualm steigt auf, und der nächste Windstoß entfacht die Glut zu überaus Flamme. Bevor noch irgend jemand das Feuer bemerkt, schwebt Qualm über der Heide, der Wind wirft ihn in Wirbeln und Schwaden empor, überschüttet das Land von neuem mit dem dunkelsten, und plötzlich steht eine ganze Wiese in Brand. Da gibt es nun kein Röschen, denn der Brand kriecht sich tief in die Erde, der Moorboden glüht unter dem Gras und trägt dazu bei, den Brand unterirdisch weiterzutragen. Hier verlagern alle technischen Hilfsmittel, hier

hilft nur ein Massenaufgebot fleißiger Kräfte, die rings um den Brandherd tiefe Gräben ziehen. Sandvälle aufwerfen und das Feuer bewachen, damit es nicht herüberhäuft oder in Funkengebirge überfließt. Das ist ein entsetzlich ermüdender und anstrengender Kampf gegen das springende und liegende Feuer; und wenn ein Moor den nahen Wald erst in „Gipsfeuer“ entzündet hat, sind ganze Waldstrecken verloren, denn wenn die Kronen der Bäume brennen, verfaßt jeder Nadelzweig. So ist es das Bestreben bei allen Moorbränden, das Feuer auf der Wiese zu halten, damit es nicht an Baumstämmen und Sträuchern emporsteigt und in den Wald hineinkriecht. Die freiwilligen Feuerwehren sind meistens an Zahl zu schwach, einem ausgebreiteten Feuer Einhalt zu gebieten; früher rief man stets Militär zu Hilfe, und die nächste Garnison konnte ganze Kompanien von Pionieren, die im Kampf gegen Waldbrandbrände besonders ausgebildet waren. Heute sind Gar-nisonen weit verteilt, verfügen auch nicht über Massenaufgebote, und so hat in den letzten Wochen die Technische Nothilfe oft ein-springen müssen.

**Der Funkspruch als Lebensretter.** 800 Meilen von der eng-lischen Küste empfing der Gumar-Dampfer „Albania“ unfällig den Funkspruch des Frachtschiffes „Tamaqua“, daß einem Feiger der „Tamaqua“ ein Arut durch eine Ventilationsmaschine abgerissen sei. Die mit Vordrücken verfahrenen Hölzer seien ergebnislos, der Verletzte drohe zu verbluten. Hilfe wurde erbeten. Zunächst wurde versucht, dem Frachtdampfer durch Funkspruch die Na-türliche des Schiffes der „Albania“ zu übermitteln. Sie brach-ten aber keine Hilfe. Da entschloß sich der Kapitän der „Albania“ zum Auslaufen der 100 Seemeilen entfernten „Tamaqua“. Fünf Stunden später fand er sie. Mit Hilfe wurde ein Boot zu Wasser gebracht, mit dem sich der Arzt der „Albania“ an Bord der „Tama-qua“ begab. Bei der Untersuchung ergab sich die Notwendigkeit einer sofortigen Operation.



BORG für QUALITÄT RAUCHER

### Wasserstandsnotizen am 11. August 1921.

	gestern	heute		gestern	heute
Rawichost	32	32	Dielch	0,52	0,54
Wartchau	50	50	Dirschau	0,64	0,69
Plock	48	48	Einlage	2,48	2,40
Thorn	32	32	Schlewenhorst	2,70	2,60
Nordau	34	34	Schönau D. P.	6,33	6,26
Culm	40	40	Walzenberg D. P.	4,78	4,78
Brandenburg	42	42	Neuhorsterbusch	2,28	2,22
Kurzbrack	41	41	Urwachs		
Montauerispe	0,41	0,44			

Gestern nachmittag 3.40 Uhr entschlief sanft nach langem, überaus schwerem Leiden unser Inniggeliebter, unvergesslicher Sohn, Enkel, Bruder und Nefle

**Heinz**  
im Alter von 12 Jahren.  
Dioses zeigen tiefbetrübt an  
Danzig, den 11. August 1921  
**Paul Kopenhagen u. Frau.**

**Zentral-Theater**  
Langgasse 11 \* Danzigerstr. 103.  
Heute! Neul  
Der glänzende Kontakt zur neuen Saison!  
Der Rekord-Welt-Film!  
**Das Floß der Toten!**  
6 große, wuchtige, tragische Akte  
Hauptrollen: Egede Nissen, Carl Clewing, Otto Gebühr, Frieda Richard.  
Der größte erfolgreichste Film d. Jahres  
und  
**Lotte Hagedorn!**  
Schauspiel nach d. gleichnam. Roman in 4 Akt.  
Hauptrolle: **Marja Leiko.**  
Musikbegleitung: Kapelle Schröder.  
Es wird höchst um den Besuch der ersten Vorstellung (4 Uhr) gebeten.

**Gedania-Theater**  
Schönewaldamm 53/55  
Ab heute! Nur bis einschl. Sonntag!  
Die große Sensation!  
**„Buffalo und Bill“**  
Abenteuer-Sensations-Film in 2 Teilen.  
1. Teil: „Die Abenteuerin oder Verfolgung auf Leben und Tod“  
3 Akte lebhafter Szenen.  
**„Geistertanz“**  
Detektiv-Schauspiel in 4 großen Akten.  
In der Hauptrolle: **Yrno Eichgrün.**

**Sommersprossen verschwinden!**  
Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frucht,  
Hannover F. 493 - Schließfach 238.

## Stadttheater Danzig

Direktion: Rudolf Schaner.

Die Direktion erlaubt sich hiermit, die Bedingungen für Dauerkarten bekannt zu geben.

Es werden abgegeben:

Fünfstel Dauerkarten für die ganze Spielzeit zu 50 Vorstellungen.  
Dauer der Spielzeit: 4. September 1921 bis 9. Juli 1922

### Preise der Dauerkarten

Preise für ein Fünfstel Dauerkarte die ganze Spielzeit hindurch

1. Rang Vorderreihe	W 661,30	Steuer W 165,50	Kleiderablage W 8,20	= W 835,-
1. Rang 2. und 3. Reihe	592,80	149,10	8,10	= 750,-
Orchesterfessel	661,30	165,50	8,20	= 835,-
Sperstisch	508,10	128,80	8,10	= 645,-
Seitenloge	314,80	82,10	8,10	= 405,-
Parterreloge f. 3 Plätze	365,40	108,20	16,40	= 490,-
Balkon	240,10	64,50	5,40	= 310,-
2. Rang Vorderreihe	187,80	51,80	5,40	= 245,-
2. Rang 2. und 3. Reihe	163,70	45,90	5,40	= 215,-

Der Verkauf von Dauerkarten für die bisherigen Inhaber findet ab **Donnerstag, den 18. August, bis einschl. Sonnabend, den 27. August 1921, mittags 1 Uhr, täglich von 9-1 Uhr vormittags an der Kasse im Stadttheater** statt. Die nicht abgeholten Plätze werden vom 29. August an anderweitig vergeben.

## Julius Goldstein

Junkergasse 2-4

Lawendolggasse 4

gegenüber der Markthalle

### Billigste Bezugsquelle

für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren- und Damen-Wäsche, Strickwolle, Trikotagen und Schürzen  
Spezial-Abteilung: Damen- und Kinderputz

## Meisterkursus

für Wäschenäherinnen

beginnt am 16. August d. Js. Anmeldungen nimmt entgegen von 11-1 Uhr täglich die Geschäftsstelle des Vereins Frauenwohl Danzig,  
Jopengasse 23 I.

## Küchenmöbel

wegen Aufgabe des Geschäfts zu bedeutend herab-gesetzten Preisen verkauft  
E. Sellin,  
Wisniewski, Töpfergasse 14, part.

## DIE GLOCKE

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK / FINANZ / WIRTSCHAFT U. KULTUR  
Herausgeber: PARVUS

Die „Glocke“ will die Durchführung des Ultimatums im Zeichen des Sozialismus

Die „Glocke“ ist das führende Organ bei der Erörterung der Wiedergutmachungs- und Wiederaufbaufragen

Die „Glocke“ ist maßgebend bei der Diskussion des Kulturlebens der sich im demokratischen und sozialistischen Geist erneuernden Zeit

Die „Glocke“ muß von jedem Sozialisten gelesen werden

Mitarbeiter der letzten Hefte:

Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Hermann Lüdemann, Professor Radbruch, Philipp Scheidemann, Paul Löbe, Heinrich Schulz, Karl Brüger, Otto Wels, Max Quarc, Hermann Wendel, Max Schippel, Jacob Altmaier, Robert Grötzsch

Einzelheft Mark 1,50  
Vierteljährliches Abonnement Mark 15,-  
Zu beziehen durch:

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

## Volkstürsorge

Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

- Sterbekasse -  
Kein Polizeiverfaß.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.

Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,  
Mattenboden 35.

Reparaturwerkstätte, gr. Emailkeramik.

Vertreter gesucht.

L. Fenslau & Co.,  
Danzig, Petrusgasse 9.  
Tel. 1112.



Damen- und Herren-

**Fahrräder**

neue u. geb., Teilzahlung gestattet, Mantel und Schläuche, sämtliche Zubehör- und Ersatzteile zu staunend billigen Preisen.

Reparaturwerkstätte, gr. Emailkeramik.

Reparaturwerkstätte, gr. Emailkeramik.